

Inhaltsübersicht

	Seite
Geleitwort	3
Vorbemerkungen	4
Abkürzungsverzeichnis	6

A

Text des Bundesbaugesetzes (Synopsis)

B

Einleitung zur Novelle zum Bundesbaugesetz

I. Gang des Gesetzgebungsverfahrens	203
II. Die Grundzüge der Novelle zum Bundesbaugesetz	
1. Allgemeine Ziele	204
2. Die wesentlichen Änderungen	206
III. Änderung des Städtebauförderungsgesetzes und Änderung sonstiger Gesetze	210
IV. Ausblick auf weitere Entwicklungen	211

C

Erläuterungen zur Novelle zum Bundesbaugesetz

I. Bauleitplanung

1. Aufgabe, Begriffe und Grundsätze der Bauleitplanung (§ 1)	213
2. Aufstellung der Bauleitpläne und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 2)	220
3. Beteiligung der Bürger an der Planung (§ 2 a)	222
4. Sonstige Änderungen des Bauleitplanungsverfahrensrechts: Genehmigung von Bauleitplänen (§§ 6, 11); Inkrafttreten des Bebauungsplans (§ 12); vereinfachte Änderung des Bebauungsplans (§ 13)	228
5. Inhalt der Bauleitpläne (§§ 5, 9)	
a) Flächennutzungsplan	231
b) Bebauungsplan	234
6. Sicherung der Infrastruktur (§ 9 a)	
a) Zweck, Fallgestaltung; Auflagen	240
b) Festsetzung nach Absatz 1	241
c) Ausnahmen und Befreiungen; freigestellte Vorhaben . . .	243
d) Fristen; erneuter Beschluß über eine Festsetzung nach Absatz 1; Entschädigungen; Zusammenhänge mit dem „Planungsschadensersatz“	243
e) Festsetzung durch besondere Gemeindecsetzung nach Absatz 8 und 9	246
7. Sozialplanung (§ 13 a)	248

	Seite
8. Heilung von Verfahrensmängeln; vorgezogene Bürgerbeteiligung / Sozialplanung und Rechtsmängel von Bauleitplänen (§ 155 a)	252
9. Übertragung von Aufgaben der Gemeinde auf andere Träger (§ 4 Abs. 8, § 147); gemeindenachbarliche Planungskoordination (§§ 3 und 4); Bauleitplanung bei gemeindlichen Neugliederungen und Bildung von Planungsverbänden – Entwicklung von Bebauungsplänen aus fortbestehenden Flächennutzungsplänen (§ 4 a)	253
10. Überleitungsrecht für die Planung (Entwicklungsplanung, Bauleitplanung, Sozialplanung)	258
 II. Sicherung der Bauleitplanung	
1. Veränderungssperre (§ 14 bis 17)	262
2. Bodenverkehr (§ 19 bis 21)	264
3. Gesetzliche Vorkaufsrechte der Gemeinden	266
a) Die verfahrensrechtlichen Neuerungen der Vorkaufsrechtsregelungen	
(1) Rechtsnatur des Vorkaufsrechts	267
(2) Frist für die Ausübung des Vorkaufsrechts	268
(3) Entdinglichung des Vorkaufsrechts	268
(4) Angabe des Erwerbszwecks	270
b) Das Verhältnis des gemeindlichen Vorkaufsrechts zu privatrechtlichen Vorkaufsrechten	270
c) Allgemeine materiell-rechtliche Voraussetzungen für die Ausübung des Vorkaufsrechts	
(1) Wohl der Allgemeinheit	271
(2) Allgemeine Gründe für den Ausschluß des Vorkaufsrechts	271
d) Das allgemeine Vorkaufsrecht nach § 24	272
e) Das besondere Vorkaufsrecht zur Sicherung von städtebaulichen Erhaltungszielen nach § 24 a	275
f) Besonderes Vorkaufsrecht nach § 25	276
g) Das besondere Vorkaufsrecht zum Erwerb von Austausch- oder Ersatzland nach § 25 a	279
h) Die Ausübung des Vorkaufsrechts zugunsten anderer nach § 27	280
i) Veräußerungspflicht der Gemeinde nach § 26	282
j) Übergangsrecht und Änderung der Rechtsgrundlage bei Ausübung des Vorkaufsrechts; Entschädigung für ältere Erwerbsrechte	283
k) Ausübung des Vorkaufsrechts zum Verkehrswert nach § 28 a (sogenanntes limitiertes Vorkaufsrecht)	284
 III. Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung, Anordnung von Baumaßnahmen, Abbruchgebot und Erhaltung baulicher Anlagen	
1. Begriff des Vorhabens, § 29	291

	Seite
2. Bauen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile, § 34	292
3. Bauen im Außenbereich, § 35	302
4. Durchführungsgebote; Erhaltung baulicher Anlagen	
a) Übernahme aus dem StBauFG: Fortentwicklungen	309
b) Allgemeines zur Anwendung der §§ 39 a bis 39 i	
(1) Allgemeine materiell-rechtliche Anordnungsvoraussetzungen	310
(2) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	312
(3) Durchsetzung der Gebote	314
(3 a) Abwendung durch Bereitschaft zur Erfüllung von Pflichten nach den §§ 39 b bis 39 e; Vereinbarungen an Stelle von Geboten	315
(4) Vorbehalt der Enteignung	315
(5) Anwendung in der Umlegung	316
(6) Vorbehalt des Landesrechts und anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften	316
c) Die einzelnen Gebote und Erhaltungsmaßnahmen	
(1) Bau- und Pflanzgebot (§ 39 b)	317
(2) Nutzungsgebot (§ 39 c)	320
(3) Abbruchgebot (§ 39 d)	322
(4) Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot (§ 39 e)	327
(5) Erhaltung baulicher Anlagen (§ 39 h)	332
(6) Grundstücke mit besonderer Zweckwidmung (§ 39 i)	339
5. Planungsschadensrecht	
b) Das neue Planungsschadensrecht in den Grundzügen	340
a) Vorbemerkungen	341
c) Entschädigung bei Veränderungssperren	349
IV. Bodenordnung	
1. Abfindungsrechtsformen und Abfindungsregeln (§ 59 Abs. 3 bis 6)	350
2. Verwirklichungsgebote im Rahmen der Umlegung (§ 59 Abs. 7 bis 9)	351
3. Änderung des Genehmigungstatbestandes nach § 51	352
4. Erweiterung des § 61 (Aufhebung, Änderung und Begründung von Rechten)	353
5. Übertragung der Umlegung; Vorbereitung der Entscheidungen der in der Umlegung durchzuführenden Maßnahmen durch andere Behörden	353
6. Überleitungen	353
V. Enteignung	
1. Zulässigkeit der Enteignung, §§ 85 bis 92	354
2. Entschädigungsbestimmungen, §§ 93 bis 102	357
3. Enteignungsverfahren, §§ 104 bis 122	360

V. a. Härteausgleich	Seite 364
VI. Erschließung	367
VII. Ermittlung von Grundstückswerten	369
VII. a. Städtebauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur	376
VIII. Allgemeine Vorschriften, Verwaltungsverfahren	378
IX. Verfahren vor den Kammern (Senaten) für Baulandsachen . . .	379
X. Ausführungsrecht der Länder zur Baugesetz-Novelle (Stand Juli 1977)	381

D

Text der Baunutzungsverordnung

(Synopsis)

gelbes Papier 385

E

Erläuterungen zur Novelle zur Baunutzungsverordnung

gelbes Papier

I. Allgemeines	413
II. Allgemeine Vorschriften für Bauflächen und Baugebiete, § 1	
1. Zu § 1 Abs. 1 bis 3 (Gliederung in Bauflächen und Baugebiete)	414
2. Zu § 1 Abs. 4 (Baugebietsgliederung)	415
3. Zu § 1 Abs. 5 (Ausschluß von bestimmten Arten von Nutzungen)	417
4. Zu § 1 Absatz 6 (Festsetzungen über ausnahmsweise zulässige Anlagen)	419
5. Zu § 1 Abs. 7 (geschoßweise Festsetzungen)	420
6. Zu § 1 Abs. 8 (Beschränkung auf Gebietsteile)	421
7. Zu § 1 Abs. 9 (Beschränkung der Festsetzungen auf bestimmte bauliche und sonstige Anlagen)	422
8. Festsetzungsbeispiele	423
III. Zu § 3 (reine Wohngebiete)	424
IV. Zu § 4 (allgemeine Wohngebiete)	424
V. Zu § 4 a (besondere Wohngebiete)	426
VI. Zu § 5 (Dorfgebiete)	430
VII. Zu § 6 (Mischgebiete)	431
VIII. Zu § 7 (Kerngebiete)	432
IX. Zu § 8 (Gewerbegebiete) und § 9 (Industriegebiete)	435
X. Zu § 10 (Sondergebiete, die der Erholung dienen)	435
1. Allgemeines; Abgrenzung zu § 11	435
2. Wochenendhausgebiete	436
3. Ferienhausgebiete	437
4. Campingplatzgebiete	437

	Seite
XI. Zu § 11 (Sonstige Sondergebiete)	
1. Allgemeines	438
2. Zu § 11 Abs. 2 (Sonstige Sondergebiete mit Ausnahme der Sondergebiete für großflächige Handelsbetriebe)	438
3. Zu § 11 Abs. 3 (Sondergebiete für großflächige Handelsbetriebe)	439
a) Entstehungsgeschichte, Allgemeines	439
b) Die von § 11 Abs. 3 erfaßten Anlagen	440
c) Die in Betracht kommenden Auswirkungen	442
d) Die Vermutungsregel des § 11 Abs. 2 Satz 3	445
4. Rechtsprechung zu großflächigen Handelsbetrieben vor der ÄnderungsVO 1977; Ländererlasse	448
XII. Zu § 12 (Stellplätze und Garagen)	
1. Allgemeines	451
2. Beschränkungen dem Umfang nach (Absatz 2)	451
3. Beschränkung der Art nach (Absatz 3)	452
4. Festsetzungen von Garagengeschossen (Absatz 4)	453
5. Gebietsweise planungsrechtliche Regelungen über den Ausschluß oder die Einschränkung von Stellplätzen und Garagen (Absatz 6). Festsetzungen nach Absätzen 4, 5 oder 6 und Stellplatzpflicht	454
XIII. Zu § 13 (Gebäude und Räume für freie Berufe)	456
XIV. Zu § 14 (Nebenanlagen)	456
XV. Zu § 15 (Allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit baulicher und sonstiger Anlagen)	458
XVI. Zu § 16 (Allgemeine Vorschriften zum Maß der Nutzung) . . .	459
XVII. Zu § 17 (Zulässiges Maß der baulichen Nutzung)	460
XVIII. Zu § 21 a (Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen) . .	461
XIX. Zu § 24 (Anwendung der Verordnung im Fall des § 33)	462
XX. Zu § 25 a (Übergangsvorschrift aus Anlaß der Zweiten Änderungsverordnung)	462

Sachverzeichnis

Sachverzeichnis	465
---------------------------	-----

TEIL A
Bundesbaugesetz (BBauG)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976
(BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617)

Inhaltsübersicht

§§

ERSTER TEIL
Bauleitplanung

ERSTER ABSCHNITT
Allgemeine Vorschriften

Aufgabe, Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung	1
Aufstellung der Bauleitpläne und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	2
Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung	2 a
Gemeinsamer Flächennutzungsplan	3
Planungsverbände	4
Bauleitplanung bei Gebiets- oder Bestandsänderung und der Bildung von Planungsverbänden	4 a

ZWEITER ABSCHNITT
Vorbereitender Bauleitplan (Flächennutzungsplan)

Inhalt des Flächennutzungsplans	5
Genehmigung des Flächennutzungsplans	6
Anpassung an den Flächennutzungsplan	7

DRITTER ABSCHNITT
Verbindlicher Bauleitplan (Bebauungsplan)

Zweck des Bebauungsplans	8
Inhalt des Bebauungsplans	9
	13

	§§
Sicherung der Infrastruktur	9 a
Beschluß über den Bebauungsplan	10
Genehmigung des Bebauungsplans	11
Inkrafttreten des Bebauungsplans	12
Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans	13
Grundsätze für soziale Maßnahmen, Sozialplan	13 a

ZWEITER TEIL

Sicherung der Bauleitplanung

ERSTER ABSCHNITT

Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen

Veränderungssperre	14
Zurückstellung von Baugesuchen	15
Beschluß über die Veränderungssperre	16
Geltungsdauer der Veränderungssperre	17
Entschädigung bei Veränderungssperre	18

ZWEITER ABSCHNITT

Bodenverkehr

Genehmigungspflicht für den Bodenverkehr	19
Versagungsgründe	20
Inhalt der Genehmigung	21
Verhältnis zu anderen Vorschriften über den Bodenverkehr.	22
Sicherung der Vorschriften über den Bodenverkehr	23

DRITTER ABSCHNITT

Gesetzliche Vorkaufsrechte der Gemeinden

Allgemeines Vorkaufsrecht	24
Besonderes Vorkaufsrecht zur Sicherung von städtebaulichen Erhaltungs- zielen	24 a
Besonderes Vorkaufsrecht	25

Inhaltsübersicht

§§

Besonderes Vorkaufsrecht zum Erwerb von Austausch- und Ersatzland . .	25 a
Veräußerungspflicht der Gemeinde	26
Ausübung des Vorkaufsrechts zugunsten anderer	27
Entschädigung für ältere Erwerbsrechte	28
Ausübung des Vorkaufsrechts zum Verkehrswert	28 a

DRITTER TEIL

Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung, Anordnung von Baumaßnahmen, Abbruchgebot und Erhaltung baulicher Anlagen

ERSTER ABSCHNITT

Zulässigkeit von Vorhaben

Begriff des Vorhabens	29
Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans . .	30
Ausnahmen und Befreiungen	31
Nutzungsbeschränkungen auf künftigen Gemeinbedarfs-, Verkehrs-, Ver- sorgungs- und Grünflächen	32
Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung	33
Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile	34
Bauen im Außenbereich	35
Beteiligung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde	36
Bauliche Maßnahmen des Bundes und der Länder	37
Bauliche Maßnahmen aufgrund von anderen Gesetzen	38
Schutz des Mutterbodens	39

ABSCHNITT 1 a

Anordnung von Baumaßnahmen, Pflanzgebot, Nutzungsgebot, Abbruchgebot und Erhaltung baulicher Anlagen

Erörterung und Beratung	39 a
Bau- und Pflanzgebot	39 b
Nutzungsgebot	39 c
Abbruchgebot	39 d
Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot	39 e
Duldungspflicht	39 f

Aufhebung, Beendigung und Verlängerung von Miet- und Pachtverhältnissen	39 g
Erhaltung baulicher Anlagen	39 h
Ausnahmen für Grundstücke, die besonderen Zwecken dienen	39 i

ZWEITER ABSCHNITT

Entschädigung

Vertrauensschaden	39 j
Entschädigung in Geld oder durch Übernahme	40
gestrichen	41
Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten	42
Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzungen	43
Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung	44
Entschädigungspflichtige	44 a
Entschädigung und Verfahren	44 b
Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche	44 c

VIERTER TEIL

Bodenordnung

ERSTER ABSCHNITT

Umlegung

Zweck der Umlegung	45
Zuständigkeit und Voraussetzungen	46
Umlegungsbeschluß	47
Beteiligte	48
Rechtsnachfolge	49
Bekanntmachung des Umlegungsbeschlusses	50
Verfügungs- und Veränderungssperre	51
Umlegungsgebiet	52
Bestandskarte und Bestandsverzeichnis	53
Benachrichtigung des Grundbuchamts und Vollstreckungsgerichts; Umlegungsvermerk	54
Umlegungsmasse und Verteilungsmasse	55

Inhaltsübersicht

	§§
Verteilungsmaßstab	56
Verteilung nach Werten	57
Verteilung nach Flächen	58
Zuteilung und Abfindung	59
Abfindung und Ausgleich für bauliche Anlagen, Anpflanzungen und sonstige Einrichtungen	60
Aufhebung, Änderung und Begründung von Rechten	61
Gemeinschaftliches Eigentum; besondere rechtliche Verhältnisse	62
Übergang von Rechtsverhältnissen auf die Abfindung	63
Geldleistungen	64
Hinterlegung und Verteilungsverfahren	65
Aufstellung und Inhalt des Umlegungsplans	66
Umlegungskarte	67
Umlegungsverzeichnis	68
Auslegung der Umlegungskarte; Einsicht in das Umlegungsverzeichnis	69
Zustellung des Umlegungsplans	70
Inkrafttreten des Umlegungsplans	71
Wirkungen der Bekanntmachung	72
Änderung des Umlegungsplans	73
Berichtigung der öffentlichen Bücher	74
Einsichtnahme in den Umlegungsplan	75
Vorwegnahme der Entscheidung	76
Vorzeitige Besitzeinweisung	77
Verfahrens- und Sachkosten	78
Gebühren-, Auslagen- und Abgabebefreiung	79

ZWEITER ABSCHNITT Grenzregelung

Zweck und Voraussetzungen	80
Geldleistungen	81
Beschluß über die Grenzregelung	82
Bekanntmachung und Rechtswirkungen der Grenzregelung	83
Berichtigung der öffentlichen Bücher	84

FÜNFTER TEIL**Enteignung****ERSTER ABSCHNITT****Zulässigkeit der Enteignung**

Enteignungszweck	85
Gegenstand der Enteignung	86
Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Enteignung	87
Enteignung aus zwingenden städtebaulichen Gründen	88
Veräußerungspflicht der Gemeinde	89
Enteignung von Grundstücken zur Entschädigung in Land	90
Ersatz für entzogene Rechte	91
Umfang, Beschränkung und Ausdehnung der Enteignung	92

ZWEITER ABSCHNITT**Entschädigung**

Entschädigungsgrundsätze	93
Entschädigungsberechtigter und Entschädigungsverpflichteter	94
Entschädigung für den Rechtsverlust	95
Entschädigung für andere Vermögensnachteile	96
Behandlung der Rechte der Nebenberechtigten	97
Schuldübergang	98
Entschädigung in Geld	99
Entschädigung in Land	100
Entschädigung durch Gewährung anderer Rechte	101
Rückenteignung	102
Entschädigung für die Rückenteignung	103

DRITTER ABSCHNITT**Enteignungsverfahren**

Enteignungsbehörde	104
Enteignungsantrag	105
(gestrichen)	106
Beteiligte	107

Inhaltsübersicht

	§§
Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	108
Einleitung des Enteignungsverfahrens und Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung	109
Genehmigungspflicht	109 a
Einigung	110
Teileinigung	111
Entscheidung der Enteignungsbehörde	112
Enteignungsbeschluß	113
Lauf der Verwendungsfrist	114
Verfahren bei der Entschädigung durch Gewährung anderer Rechte	115
Vorzeitige Besitzeinweisung	116
Ausführung des Enteignungsbeschlusses	117
Hinterlegung	118
Verteilungsverfahren	119
Aufhebung des Enteignungsbeschlusses	120
Kosten	121
Vollstreckbarer Titel	122

TEIL V a Härteausgleich

Allgemeine Voraussetzungen für die Gewährung eines Härteausgleichs . .	122 a
Härteausgleich bei Aufhebung, Enteignung, Kündigung und vorübergehender Unbenutzbarkeit oder Räumung von Miet- und Pachtraum	122 b

SECHSTER TEIL Erschließung

ERSTER ABSCHNITT Allgemeine Vorschriften

Erschließungslast	123
Grundsätze für die Durchführung der Erschließung	124
Bindung an den Bebauungsplan	125
Pflichten des Eigentümers	126

ZWEITER ABSCHNITT

Erschließungsbeitrag

Erhebung des Erschließungsbeitrags	127
Umfang des Erschließungsaufwands	128
Beitragsfähiger Erschließungsaufwand	129
Art der Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwands	130
Maßstäbe für die Verteilung des Erschließungsaufwands	131
Regelung durch Satzung	132
Gegenstand und Entstehung der Beitragspflicht	133
Beitragspflichtiger	134
Fälligkeit und Zahlung des Beitrags	135

SIEBENTER TEIL

Ermittlung von Grundstückswerten

ERSTER ABSCHNITT

Gutachterausschüsse

Aufgaben des Gutachterausschusses	136
Gutachterausschuß und Geschäftsstelle	137
Oberer Gutachterausschuß	137 a
Zusammensetzung der Gutachterausschüsse	138
Unabhängigkeit und Sachkunde	139
Auskunfts- und Vorlagepflicht	140
Organisation und Verfahren	141

ZWEITER ABSCHNITT

Wertermittlung

Verkehrswert	142
Wirkung der Gutachten	143
Kaufpreissammlungen	143 a
Bodenrichtwerte und Übersichten	143 b
Ermächtigungen	144

TEIL VII a

**Städtebauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit
Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur**

Abstimmung von Maßnahmen	144 a
Bauleitplanung und Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur . . .	144 b
Bauleitplanung und Flurbereinigung	144 c
Ersatzlandbeschaffung	144 d
Ersatzlandbeschaffung durch Siedlungsunternehmen	144 e
Flurbereinigung aus Anlaß einer städtebaulichen Maßnahme	144 f

ACHTER TEIL

Allgemeine Vorschriften; Verwaltungsverfahren

Grundstücke; Rechte an Grundstücken	145
Begriff der Landwirtschaft	146
Abweichende Zuständigkeitsregelung	147
Örtliche und sachliche Zuständigkeit	148
Von Amts wegen bestellter Vertreter	149
Erforschung des Sachverhalts	150
Vorarbeiten auf Grundstücken	151
Rechts- und Amtshilfe	152
Wiedereinsetzung	153
Belehrung über Rechtsbehelfe	154
Vorverfahren	155
Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen von Satzungen	155 a
Ordnungswidrigkeiten	156

NEUNTER TEIL

**Verfahren vor den Kammern (Senaten)
für Baulandsachen**

Antrag auf gerichtliche Entscheidung	157
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	158
Örtliche Zuständigkeit der Landgerichte	159
Zusammensetzung der Kammern für Baulandsachen	160
Allgemeine Verfahrensvorschriften	161
Beteiligte	162
Anfechtung von Ermessensentscheidungen	163

	§§
Anfechtung einer vorzeitigen Besitzeinweisung	164
Vorzeitige Ausführungsanordnung	165
Urteil	166
Säumnis eines Beteiligten	167
Kosten des Verfahrens	168
Berufung, Beschwerde	169
Revision	170
Einigung	171
Weitere Zuständigkeit der Kammern (Senate) für Baulandsachen	171 a

ZEHNTER TEIL

Änderung grundsteuerlicher Vorschriften

(gestrichen)	172
------------------------	-----

ELFTER TEIL

Übergangs- und Schlußvorschriften

Überleitung bestehender Pläne	173
Abwicklung eingeleiteter Verfahren	174
Anfechtung von Entscheidungen	175
Fortgeltung von Bausperren	176
Übergangsvorschriften für den Bodenverkehr	177
Übergangsvorschriften für das Vorkaufsrecht der Gemeinden	178
Übergangsvorschriften für die Rückenteignung	179
Überleitung des Erschließungsbeitragsrechts	180
Fortgeltung von Rechtsverordnungen	181
Fortbestand von Umlegungsausschüssen	182
(gegenstandslos)	183
(gegenstandslos)	184
(gegenstandslos)	185
Aufhebung sonstiger Vorschriften	186
Geltung in Berlin	187
Sonderregelung für einzelne Länder und das Gebiet des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk	188
Inkrafttreten	189